

Abonnementpreise:

Im deutschen Reich: In Preussen tritt jährlich
Jährlich: 6 Thlr. 2 Thlr. Stempelgefehr,
jährlich: 1 Thlr. 15 Ngr. Reichen Post- und
Einzelne Nummern: 1 Ngr. Stempelzuschlag hinzu,

Inseratenpreise:

Für den Raum eines gespannten Pottasche: 2 Ngr.
Unter „Eingesandt“ die Zeile: 5 Ngr.

Erscheinens:

Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertags.
Abends für den folgenden Tag.

Amtlicher Theil.

Dresden, 15. März. Ihre Königl. Hoheiten der
Kurfürst und die Gräfin von Brandenburg sind gestern
abend 6 Uhr 20 Minuten nach Frankfurt a. M. abge-
reist.

Dresden, 16. März. Se. Majestät haben
dem Reichsminister außerordentlichen Anstand und bewilligten
Minister an den Königlichen Höfen zu Lü-
dens, Brüssel und in Haag Geheimen Rat und Kammer-
herrn von Fabrice zum Wirklichen Geheimen Rathe
zu ernennen gerath.

Dresden, 11. März. Se. Majestät der König haben
dem Kirchschultheiß Johann Gottlieb Henning in Rich-
tung der goldenen Medaille des Verdienstordens zu
verleihen allergründig gerath.

Se. Majestät der König haben dem Tätilermeister
Carl Wilhelm Niemeyer zu Dresden das Prädikat
„Königlicher Hoffaktor“ allergründig zu verleihen gerath.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Vorrichtung in § 6 der Verordnung
über den Geschäftsbetrieb ausländischer Versicherungsan-
stalten im Königreiche Sachsen vom 16. September 1856
wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Hagel-Versi-
cherung Gesellschaft „Borussia“ zu Berlin
die Vorrichtungen in §§ 2 bis 4 der angezogenen Ver-
ordnung Genüge geleistet und

Dresden

um 8 Uhr für ihren Geschäftsbetrieb in Sachsen ge-
reicht hat.

Dresden, am 9. März 1874.

Ministerium des Innern.

Abteilung für Ackerbau, Gewerbe und Handel.

Schmalz.

Gromm.

Nichtamtlicher Theil.

Übersicht.

Tagesschichte. (Berlin, Polen, Danzig, Köln, Mün-
chen, Wien, London, Konstantinopel, Russland, Salo-
nichia, Budapest, Athen.)

Ermessungen, Vernehmungen u. c. im öffentl. Dienste.

Dresdner Nachrichten. (Leipzig, Döbeln, Müglitz-

Thal, Görlitz i. S.)

Provinzialnachrichten. (Leipzig, Döbeln, Müglitz-

Thal, Görlitz i. S.)

Bermisches.

Statistik und Volkswirtschaft.

Eineßlandes.

Feuilleton. Inserate. Tageskalender.

Beilage.

Deutscher Reichstag (Sitzung vom 14. März).

Börsennachrichten.

Telegraphische Witterungsberichte.

Inserate.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, Montag, 16. März. (W. L. B.) Der
Reichstag hat in seiner heutigen Sitzung in definiti-
ver Schlussabstimmung das Impfgesetz und die
Strandumordnung angenommen, ebenso in dritter
Lesung das Gesetz über die Einschränkung der Ge-
richtsbarkeit der Konsuln des deutschen Reiches in
Ägypten. Sobald wurde die zweite Lesung des
Preßgesetzes begonnen.

Berthold, Sonntag, 15. März, Morgens.
(W. L. B.) Die Nationalversammlung lehrt gestern
die Beratung über die Salzsteuer fort und wird
sich auch morgen (Montag) noch mit derselben be-
schäftigen.

Die Kurie haben zur Prüfung des in der
Donnerstagssitzung von dem Minister des Innern, Herzog v. Broglie, vorgelegten Gesetzentwurfs,

Feuilleton.

(Schreibt von Otto Band.)

K. Hoftheater — Freitag — 14. März, zum ersten
Male: „Der erste Stein“. Originalstück in 3 Akten
von L. H. J.

In einem anderen gedruckten Zuspiel wird L. H. J.
mit „L. v. Saulle“ interpretiert, wahrscheinlich ein Pseud-
onym, unter welchem sich L. Rozen dirigt. Jedoch hat der
Verfasser diese Brüder glücklich gewählt, da
sie als legitime Nachkommen gleichzeitig seine Stellung unter
den dramatischen Schriftstellern bezeichnen. Nicht hin-
reichlich jener gewöhnlichen handwerklichen Technik,
die manche äußere Komik der Situationen und einige
theatralische Einfälle zu Stande bringt, wohl aber in Be-
treff der geschmacklosen Mittel, deren er sich dazu be-
dient. Es handelt sich um die Störung einer Verlobung
in einer zur Zeit der letzten geladenen Gesellschaft bei
einem reichen Privatmann. Eine coquette junge Witwe,
welcher der Bräutigam früher einige Zeit den Hof machte,
vergnügt sich aus verletzter Eitelkeit damit, diejenen in
seiner Freude und seinem Lebenswandel bei der Braut zu
verdächtigen, den ersten Stein“ auf ihn zu werfen.
Einige flachsläufige Freunde des Hauses, zu denen sich
auch der Bediente grielt, secundiren ihr im weiteren Stein-
werfen mit Begegnen. Eine Nebenhandlung spielt sich
an. Ein junger Arzt, der von der Affinität seiner Mutter,
die ihn stets wie ein Kind an der Hand führt und überall
hin begleitet, in carissima Weise gepflegt und als lächer-
liche Figur eingeführt wird, emanzipiert sich plötzlich auf
den Stock jener jungen Witwe von der überzartlichen
Rousseau und brüderlich Mutter. Er entpuppt sich dann
aber als ein ganz verständiger Mann, nimmt den
Bräutigam ins Verhör, „den Hergesahnen“ sich

Dresdner Journal.

Verantwortlicher Redakteur: L. G. Hartmann.

Inseratenannahme auswärts:
Leipzig: Fr. Brandstetter, Commissaire des
Dresdner Journals;
Chemnitz: Eugen Pflotz u. B. Freyer; Hamburg-Berlin-
Wien-Leipzig-Basel-Bremen-Frankfurt a. M.; Hausestein
& Vogler; Berlin-Wien-Hamburg-Prag-Leipzig-Frank-
furt a. M.; München: Ried-Muse; Berlin: A. Hartmann,
Inselnland, B. Albrecht; Bremen: E. Schröder; Kreis-
l: Stargard's Bureau; Chemnitz: Fr. Voigt; Frank-
furt a. M.: E. Jaeger; schweiz. J. C. Herrenschmid & Sohn;
Düsseldorf: C. Giritsch; Jan.-D. Hanauer; C. Schröder;
Paris: Horace, Lafitte, Bullier & Co.; Stuttgart: Deubel
& Co.; Südtirol: Annover-Bureau; Wien: Al. Oppel.

Herausgeber:
Königl. Expedition des Dresdner Journals,
Dresden, Margarethenstrasse No. 1.

Editorial: Dr. Brandstetter, Commissaire des
Dresdner Journals;

nach welchem die Aussicht der Commission wird, demnächst zur
Veröffentlichung gelangen. — Der am heutigen Montag
vom bislangen Schwurgericht wegen Bekämpfung des
Deutschen Kaiserthums in contumaciam zu 2 Monaten und
8 Tagen bestraft verurtheilte frühere Redakteur
des „Vollstreuk“ Denman ist gestern Abend ver-
haftet worden. Da das Urtheil noch nicht rechtskräftig
ist, so erklärt sich die Verhaftung wohl darum, daß
Denman kein Angehöriger des deutschen Reiches, sondern
Schweizer ist. — Gegen die Redaktion des „Voll-
streuk“ in München ist neuerdings Untersuchung
eingeleitet worden aus Anlaß eines mit Transzendenz er-
schienenen Artikels über die Verhaftung des Erzbischofes
Reichenbach.

* Wien, 14. März. Die Ministrerkrisis in
Ungarn ist noch immer nicht zu einer Lösung gelangt,
doch hält man die Bildung eines Coalitionskabinetts für
wahrscheinlich. Man redet darauf, daß Görgey und
Tisza zu Mitgliedern desselben zu gewinnen sein werden;
schon mehr Schwierigkeiten würden dem Eintritt Sen-
ator's entgegenstehen, es sei denn, daß dieser selbst mit
der Kabinettbildung betraut würde. Doch dürfte die
Eventualität erst dann eintreten, wenn die Kabinettbildung
durch Szlavon möglich ist. Es unterliegt keinem
Zweifel, daß ein Ministrum Szlavon eine mehr con-
servative Richtung einzuschlagen würde, als von einem
Coalitionskabinett zu erwarten ist, welches aus Deputaten
und Mitgliedern des linken Centrums gebildet wäre;
imposanter beruht es auf nichtzureichender Kenntnis
der Verhältnisse, wenn Szlavon hier und da als der
Bündnisgenosse der Ultramontane gekennzeichnet wird. Er
gehört keineswegs jener Parteistellung an, welche bei-
spielsweise das Centrum in Berlin oder die fraction
Petrini war. — Die Abgeordnetenkammer hat
zur Ergänzung ihres Berichtes (vgl. Nr. 61) über die letzte Sitzung der Militärcor-
mission gemeinsam mitzutun.

Graf Seidlu's bot einen Antrag, welcher die
Durchführungsmaßnahmen des Friedensspräsidiums durch Ausfüllung der
Sätze in § 2, um die Stärke der Batterie, der Geschütze,
der Batterien feststellen, auf 284,000 Mann bis zum
Ende einer anderthalbmonatigen gesetzlichen Regelung sieht. Abg.

Nicht dagegen sollte nun nur die Friedensspräsidiums
in § 2 getrennt haben, seine Angabe waren auch gegen die
Sitzung des Rates gerichtet, so daß auch die Sätze der
durchgehenden Truppenstärke nicht gleichzeitig, sondern im Ein-
zelfall festgestellt werden soll. Das von ihm genommene Am-
tmaß unterscheidet sich von dem darauffolgenden Entwurf.

Während die Aufnahme der zuletzt
berührten Dienstzeit bestimmt ist, welche die
Berichtigung nicht gelegentlich entstehen werden
sollte. — Die national-liberalen Partei hat bei der ersten
Sitzung noch nicht Stellung genommen, aber sie ist erläutert,
sobald der Maximalkörper von 401,600 Mann eine genügende
Durchschnittsstärke geschaffen hat, unter welche bei der
jährligen Einschätzung nicht untergegangen werden dürfe.

Posen, 14. März. (R. B.) Seit drei Tagen finden
in katholischen Seminaren der Regierung durch den
Suffragan Dr. Küller und Provinzialkurator Schäfer
amtliche Versammlungen in Betrieb der Bischöfe statt.
Man erwartet durchgreifende Veränderungen

des Lehrerpersonals und der Direction. — Das Kreis-
gericht von Gnesen verurtheilt den Kanonikus

und Official Weichselbrosius wegen gelegentlicher Bege-
bung der Propstie Sobots zu 100 Thlr., eventuell 4 Mo-
naten Gefängnisstrafe. Der Angeklagte wurde durch

den Richter vor Gericht gesetzt.

Danzig, 14. März. Der Culmer Bischof v. d.
Marwitz III, wie der „Danz. Ztg.“ aus Starzberg vom
gegenwärtigen Tage gemeldet wird, wegen wiederholter, den
Gesetzen widersprechender Anstellung von Gehilfen zu
einer Geldstrafe von 2400 Thlr. event. 16 Monaten Ge-
fängnis verurtheilt worden.

Köln, 15. März. (R. B.) Gestern erfolgte von
Seiten der bislangen Strafstraße die Arrestanlage auf
den am 1. April fälligen Gehalt des Erzbischofs

Paulus Melchers.

* München, 14. März. Bezüglich der Beratungen
der Commission zur Begutachtung des Gesuches um
Anerkennung des Bischofs Reinkens vernimmt man
vorher, daß der Antrag des Referenten Reichsraths
Prof. v. Pöhl mit Einstimmigkeit zur Annahme gelangt

und damit eine weitere Paragraphen
des kirchenpolitischen Gesetzes werden gestern in einer
fünftägigen Sitzung des Abgeordnetenhauses er-
ledigt, ohne daß auch nur in einem einzigen wesentlichen
Punkte von dem Ausdrucksversuch abgewichen worden
wäre. In der Debatte über § 30, der die Einrichtung
der theologischen Facultäten betrifft, bestreit Prof. Egger

die Ausführungen des Reichsrats, daß die anfallende
Abstimmung des Reichsrats, die auf die
Beteiligung der Parteien beruht, die Verhinderung der
Bildung eines Coalitionskabinetts machen, so wie damit

die Durchführung der Verfassung der
Parteien verhindert werden.

* Wien, 14. März. Noch weitere Paragraphen
des kirchenpolitischen Gesetzes wurden gestern in einer
fünftägigen Sitzung des Abgeordnetenhauses er-
ledigt, ohne daß auch nur in einem einzigen wesentlichen
Punkte von dem Ausdrucksversuch abgewichen worden
wäre. In der Debatte über § 30, der die Einrichtung
der theologischen Facultäten betrifft, bestreit Prof. Egger

die Ausführungen des Reichsrats, daß die anfallende
Abstimmung des Reichsrats, die auf die
Beteiligung der Parteien beruht, die Verhinderung der
Bildung eines Coalitionskabinetts machen, so wie damit

die Durchführung der Verfassung der
Parteien verhindert werden.

Der Papst erklärt, daß zu der „gräßlichen Verfolgung“, welche gegen die Kirche Gottes, besonders in Preussen und in
der Schweiz, ausgeübt wird, welche er in seinem Schreiben vom 24. November vor 3 Jahren beklagt, neuen Unheil über

die Kirche hereinbrechen wird. Er werde durch die Abblüte
seiner Bischöfe ihm beigelegt werden, welche, rückt in den
bedeutenden Zeitschriften der kirchlichen Gemeinschaft mit dem
päpstlichen Siegel eng verbunden, weder für die katholische

Kirche gebrüderlich seien. Er habe in der Allocution vom
22. Mai 1869 die damaligen konstitutionellen Gesetze verurtheilt und als irrite bezeichneten. Jetzt werden aber dem Reichsrat
die Kirche zur Erlösung und Aneignung neue Gesetze vorgelegt, welche ebenfalls darunter abzuleiten sind, daß die katholische Kirche
völlig unterdrückt werden.

Der Papst erklärt, daß zu der „gräßlichen Verfolgung“, welche gegen die Kirche Gottes, besonders in Preussen und in
der Schweiz, ausgeübt wird, welche er in seinem Schreiben vom 24. November vor 3 Jahren beklagt, neuen Unheil über

die Kirche hereinbrechen wird. Er werde durch die Abblüte
seiner Bischöfe ihm beigelegt werden, welche, rückt in den
bedeutenden Zeitschriften der kirchlichen Gemeinschaft mit dem
päpstlichen Siegel eng verbunden, weder für die katholische

Kirche gebrüderlich seien. Er habe in der Allocution vom
22. Mai 1869 die damaligen konstitutionellen Gesetze verurtheilt und als irrite bezeichneten. Jetzt werden aber dem Reichsrat
die Kirche zur Erlösung und Aneignung neue Gesetze vorgelegt, welche ebenfalls darunter abzuleiten sind, daß die katholische Kirche

völlig unterdrückt werden.

Doch eine solche Befürchtung für die Rolle der Kirche
erwies sich als unbegründet im vorliegenden Fall. Er
behauptete sich als eine glänzende Ausnahme. Frau
Maria Seebach machte große Kräfte für sich werksam, die
über alle begrenzten Grenzen hinweg trugen. Sie ver-
wendete die objektive Poetik der Hebbel'schen Charakteristik
mit dem subjektiven poetischen Geist ihres eigenen Tal-
entes, und aus dieser lebendigen Verbindung ging eine
leuchtende Stirnwendung, eine warme künstlerische Begeiste-
rung hervor, die alles um sich her vergeistigte, ganz mit
der Aufgabe zu Eins wurde und bei allen Hauptver-
tretern der Rollen den ursprünglichen Impuls schärfster
Wirkung behielt. Das durch Wahrheit und deutsche
Liebe hinreichende Gebilde trat an einer Stelle aus dem
beschränkten Aufschauungskreis des Pandurtheaters
heraus, niemals wurde in der röhrend einfachen, knap-
pen Tonhaltung das zarte Organ übernommen, von
einer Überladung, einer Wanzen in Spiel oder rhetori-
schem Accent war keine Rede, und die majestätischen
Bewegungen des Körpers und der Mimik bildeten mit
dem Bild einer von allen Hilfsmitteln der
seinen Bildung, der Salontournuren, der Toilette unter-
stützten Adrienne sehr muh, als idyllisches, einfaches
Menschenbild fühllich und physisch die volle Illusion der
Kunst vermittelten.

Residenztheater. Der zweite Gastspielabend zum
Besten des Albertvereins (den 14. März), an welchem
Frau Maria Seebach als Liebhaberin Clara in
Hebbel's „Maria Magdalena“ auftrat, bot durch
die wahrhaft staunenswerte Leistung der Künstler einen
so hohen, reinen und ungetrübten Kunstsinn, wie man
ihm für die Schauspielkunst nur selten begegnet. Und
diese Künstlerin ist eine höchst interessante Person,
die durch ihre gesamte Karriere eine sehr
ausgeprägte Individualität gewonnen hat.

Der Papst erklärt, daß zu der „gräßlichen Verfolgung“, welche gegen die Kirche Gottes, besonders in Preussen und in
der Schweiz, ausgeübt wird, welche er in seinem Schreiben vom 24. November vor 3 Jahren beklagt, neuen Unheil über

die Kirche hereinbrechen wird. Er werde durch die Abblüte
seiner Bischöfe ihm beigelegt werden, welche, rückt in den
bedeutenden Zeitschriften der kirchlichen Gemeinschaft mit dem
päpstlichen Siegel eng verbunden, weder für die katholische

Kirche gebrüderlich seien. Er habe in der Allocution vom
22. Mai 1